

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1918**

542 (19.11.1918) Abendausgabe



# Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitau größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten. Chefredakteur: Albert Herzog. Verantwortlich für den Textteil: Anton Rudolph; für den Anzeigenteil: H. Rinderauer. sämtl. in Karlsruhe i. B. Berliner Vertretung: Berlin W 10.

### Anzeigen

Die Spaltenzahl 30 Zeilen, die Kleinzeile 1 M. Melamen an 1. Stelle 1,25 M. die Zeile, außerdem 30% Feuerungsgebühr. Bei Nichtbezahlung der Kosten, bei gerichtlichen Streitigkeiten sind die Konten an der Kasse zu zahlen. Postfach-Nr. 3359.

**Bezugs-Preise:**

Abg. A ohne „Wochenschau“	1.22	1.42
Abg. B mit „Wochenschau“	1.35	1.55
In Karlsruhe:		
Im Verlage abgeholt	1.22	1.42
im d. Vertriebsstellen	1.35	1.55
frei ins Haus geliefert	1.35	1.55
Abwärts: bei Abholung a. Postfach	1.22	1.43
Durch d. Briefträger	1.46	1.67
1 mal ins Haus		
Einzelnummer	10	Fig.

Geschäftsstelle: Siedel und Kammer-Edel, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.

Nr. 542. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Dienstag den 19. November 1918. Telefon: Redaktion Nr. 309. 34. Jahrgang.

## Der Gruß der badischen Heimat.

Die badische vorläufige Volksregierung widmet den heimkehrenden Soldaten folgende Begrüßung:

**An die badischen Soldaten!**  
Ihr badischen Soldaten, die Ihr jetzt in das Vaterland zurückkehrt, unsern Gruß und Dank! Mit Euch denken wir in tiefer Wehmut der in heldenmütiger Aufopferung für das Vaterland gefallenen Kameraden. In dankbarem Mitgefühl grüßen wir ihre Hinterbliebenen.

Nicht besiegt und geschlagen kommt Ihr zurück. Gegen eine Welt von Feinden habt Ihr die Heimat verteidigt. Nie hat eine Armee größeres geleistet. Nicht Ihr habt die harten Waffenstillstandsbedingungen verschuldet. Das Reich wurde das Opfer des alten Systems; eine falsche Politik und der maßlose Uebermut des Militarismus haben das Unglück verursacht.

Ihr Soldaten aber habt durch Eure Tapferkeit die Heimat vor dem Schlimmsten, vor den Verwüstungen des Krieges bewahrt. Späte Jahrhunderte werden noch von Eurer Ruhme sprechen.

Soldaten! Ihr werdet jetzt Bürger in einem freien Staat. Eure Arbeit im Frieden sei gesegnet! Der Fleiß und die Tüchtigkeit des badischen Volkes, dessen bester Teil Ihr seid, verbürgt uns eine gute Zukunft.

Karlsruhe, den 16. November 1918.  
Die badische vorläufige Volksregierung:  
Geiß, Präsident.  
Brümmer, Dietrich, Dr. Haas, Markloff, Marum, Rüdert, Trunk, Schwarz, Stodinger, Dr. Wirth.

## Was deutsch ist, muß deutsch bleiben.

Karlsruhe, 19. Nov. Ueber den Pfaffen, mit denen sich die Angehörigen der deutschen Republik ins Ausland fahren, um dort als Vertreter des neuen Volkes den Neutralen neue Einträge vom Wesen ihrer Heimat zu geben, stehen immer noch, wie über den amtlichen Dokumente die zwei Worte: Deutsches Reich. Nominell hat sich in dessen Pfand bis heute nichts geändert und selbst die Waffenstillstandsbedingungen sprechen in Bezug auf das Gebiet, in das seit zwei Tagen Entente-Truppen einziehen, nur von besetzten Gebieten. Noch ist nichts entschieden, und dennoch kann man die tiefe Begegnung nicht von sich weisen, daß Dinge vorgehen, die vielfach nicht rechtlich, aber doch tatsächlich die Gestaltung der deutschen Zukunft beeinflussen dürften.

Was in Polen seitens der Pole a vor sich geht, ist nur zu bekannt. Die Einzelheiten, besonders wie sie durch zahlreiche Privatbriefe und durch bedrohte Bewohner der Provinz hierher gelangen, zeigen, daß wieder einmal das deutsche Bürgerum als die nicht geschlossene und nicht einheitliche Masse gegenüber den nationalitätlich zusammengefaßten Polen vollständig unterliegt. Ebenso wie die Tschechen es verstanden haben, von heute auf morgen die ganze Verwaltung ihres Landes in eigene Hände zu übernehmen, und wie sie jede Einzelheit bis ins Kleinste überlegt haben, so arbeiten jetzt auch die Polen ungestört von irgendwelchen Widerständen. Sie halten Hausjünglingen beim Oberlehrermeister und beim Polizeipräsidenten ab, und haben aus dem Soldatenrat alle deutschen Elemente entfernt.

In Ostpreußen hat sich eine ständige Gefahr bemerkbar gemacht, die auf einmal das Nationalitätenprinzip auch auf ihren Staatlich seit Jahrhunderten nicht mehr produktiven Volksstamm anzuwenden trachtet. Aus Schlesien allerdings lauten die Berichte wieder etwas glänzender. Dort scheint Entschlossenheit am Werk gewesen zu sein, mit der allein man sich solcher Bewegungen erwehren kann.

Es ist die Pflicht, aber auch das Verdienst der Volksbeauftragten, daß sie solchen Bedrohungen des Reichsbefehes nicht ruhig zusehen, sondern das Ihre tun, um den Hyänen des Schlachtfeldes, auf dem andere, bessere, gesünder und gebilfter haben, Einhalt zu gebieten. Die Regierung hat geschlossene Truppenformationen nach den bedrohten Reichsgebieten geworfen, und alles, was man von der Stärke, der Disziplin und der Stofkraft der polnischen Eindringlinge hört, berechtigt zu der Annahme, daß es unseren Kontingenten entgegen wird, den deutschen Boden wieder zu fänden.

Es verdient hier erwähnt zu werden, daß innerhalb der Regierung keinerlei Meinungsverschiedenheiten über diese Notwendigkeit bestehen und daß Unabhängige ebenso wie die Mehrheitssozialisten ihre Aufgabe darin sehen, dem wüsten Treiben im Osten Einhalt zu gebieten.

Im Osten, an der schutzlosen, von geordneter Truppenmacht entblößten Fronte, die Gelegenheitsmacher des Slawentums, im Westen über die Vogesen herüber und gegen den Rhein zu der Einmarsch der alliierten Besatzungstruppen! Das ist die Lage des Reiches, das im Innern alles andere als konfliktlos erscheint. In welcher Form und welcher Ausdehnung die junge deutsche Republik aus diesen Wirren emporkriechen wird, das ist die bange Sorge für uns alle. Es handelt sich nicht darum, daß man seine Vaterlandsliebe nach Quadratkilometern mißt. Das Glück und Gedeihen, ja die Macht und der Einfluß eines Landes und Volkes hängen nicht davon ab, ob ein Landstrich mehr oder weniger staatlich zu seinem Gebiet gehört. Aber ebenso ist es unabweisbar die Pflicht eines Volkes, seine Landsleute, die ihm Mut- und Sprachverwandten, nicht unter

fremde Herrscher gelangen zu lassen, sondern es muß seine Aufgabe darin sehen, jeden Volksgenossen in dem eigenen großen Haus eine Heimstätte zu bereiten.

Also nicht chauvinistische Gründe sind für uns maßgebend, sondern Naturgebote, sittliche Forderungen, wenn wir darauf hindrängen, daß alles geschehe, was den berechtigten Besitzstand des Reiches schützt und ihn nicht schmälern läßt. Als wir uns auf das Wilsons-Programm stellten, wußten wir, daß Teile des Reiches abgetrennt werden und ihre eigene nationale Verurteilung fordern würden. Aber hat eine Regierung und ein Volk eingewilligt, so darf eine schwere Schicksalsstunde im Leben Deutschlands nicht dazu benutzt und mißbraucht werden, völlig deutsche Bevölkerungsteile dem Reiche zu entfremden.

### Die Frage Polens.

D. Berlin, 19. Nov. (Privattele.) Wie unsere Berliner Redaktion erzählt, sind augenblicklich Besuche im Gange, durch persönliche Führung mit den polnischen Führern eine Einigung zu erzielen. Zu diesem Zweck wird voraussichtlich ein Regierungsvizepräsident in Polen einreisen. Ob es ihm gelingen wird, durch Verhandlungen die drohende Gefahr abzuwehren und vor allem auch die Polen dazu zu bewegen, daß sie die bereits für nächsten Monat ausgeschriebenen Wahlen zur polnischen Nationalversammlung so lange hinauschiebt, bis über das Schicksal der Provinz Polen endgültig entschieden ist, muß freilich erst abgewartet werden.

### Behandlung deutscher Beamten in Polen.

WB. Berlin, 18. Nov. Während die Heimkehr der Angehörigen der deutschen Zivilverwaltung ohne Störung erfolgt ist, haben sich die bisher in Lodz tätig gemessenen deutschen Beamten und Beamtinnen eine schwere Belästigung seitens der Polen bieten lassen müssen. Die heimkehrenden 120 Personen wurden in Viehwagen geschafft und langten erst nach 18stündiger Fahrt an der deutschen Grenze in Stalmierzycze an. Unterwegs waren sie durch bewaffnete Angehörige der polnischen Militärorganisation entworfen und ihres Privatvermögens beraubt worden. Gegen diese völkerrechtswidrige und entwürdigende Behandlung unserer Landsleute seitens der Polen ist kein Protest laut genug.

### Hoover über die Nahrungsmittelversorgung.

WB. Bern, 18. Nov. (Nichtamtlich.) Der amerikanische Pressedienst in der Schweiz meldet aus New York: Hoover, der Nahrungsmittelpräsident der Vereinigten Staaten, hat vor seiner Abreise nach Europa heute folgenden Bericht veröffentlicht: „Ich gehe nach Europa um die weiteren Maßnahmen für die Nahrungsmittelversorgung zu treffen, welche infolge der Einstellung der Feindesländer notwendig sind. Das Ernährungsproblem in Europa ist heute ein äußerst verwickeltes. Von den 420 Millionen europäischen Ländern mit einer Gesamtbevölkerung von 420 Millionen haben tatsächlich nur drei, nämlich Südrussland, Ungarn und Dänemark, die eine Bevölkerung von, sagen wir, 46 Millionen Menschen darstellen, genügend Nahrungsmittelvorräte, um bis zur nächsten Ernte zu reichen, ohne auf Einfuhr angewiesen zu sein. Einige Länder bedürfen einer sofortigen Unterfütterung. Wir haben einen Ueberfluß von 180 bis 200 Millionen Tonnen Nahrungsmittel, wenn wir sparsam wirtschaften. Soweit kann der Situation Rechnung getragen werden, wenn dieser Ueberfluß und andere kleinere Reserven in der Welt befristet werden können. Im ganzen kontinentalen Europa sind die Viehbestände erheblich herabgemindert worden, und es besteht daher Mangel, besonders Getreidemangel. Die Länder in Europa haben ihre Ernte eingebracht und unter geordneten Umständen würden die Erntevorräte für einen Zeitraum von mindestens zwei Monaten ausreichen. Ungefähr 20 Millionen Menschen befinden sich gegenwärtig in fester Anordnung.“

„In diesen Zeiten der Transport- und Finanznot haben die Bauern die Requirirung, ihre Erzeugnisse nicht auf den Markt zu bringen, und dadurch befinden sich die Städte in großen Schwierigkeiten, sogar, wenn auf dem Lande genügend Vorräte vorhanden sind. Herr Hoover sagte ferner: Die Bauern und die Dorfbewohner sorgen für sich in der Regel für ein ganzes Jahr vor. Das Problem schrumpft somit auf die kleineren und größeren Städte zusammen. Uebereinstimmen mit den alliierten Regierungen sind schon abgeschlossen worden. Frankreich, England und Italien werden versorgt. Diese Länder umfassen 125 Millionen Menschen. Unsere nächste Sorge muß sein, die Besatzungsmaßnahmen soweit wie möglich beizubehalten, damit die neutralen Staaten in Europa, in denen gegenwärtig die verschiedenen Systeme der Rationierungen aufgehoben werden, infolge sind, für ihre eigene Bevölkerung zu sorgen, um das Anwachsen des Anarchismus zu verhindern. Diese Länder umfassen eine weitere Gruppe von 40 Millionen Menschen. Eine weiteres Problem geben uns die 5 Millionen Menschen auf, die in Nordrussland leben. Ein großer Teil dieser Menschen ist durch den Zusammenbruch des Verkehrsnetzes abgeschnitten. Ein großer Teil von diesen in Nordrussland lebenden Menschen wird im Winter ohne Hilfe sein. Mit diesen Menschen sympathisiert das amerikanische Volk und es ist bereit, für sie alle notwendigen Opfer zu bringen.“

„Ein großes Problem ist dasjenige, welches die Lage der etwa 80 Millionen Menschen in den feindlichen Ländern betrifft. Das Problem besteht nicht darin, ihnen zu Hilfe zu kommen, sondern darin, die Blockade, welche auch während des Waffenstillstandes weiterbesteht, zu mildern, um die Bevölkerung wenigstens mit dem Notwendigsten zu versehen und eine gewisse Stabilität der Regierungen dadurch zu gewährleisten. Falls die Anarchie nicht unterdrückt und eine Stabilität der Regierungen in den feindlichen Ländern nicht erreicht werden kann, wird es niemand geben, mit dem ein Frieden geschlossen werden kann, und niemand wird vorhanden sein, der die Rechnung der in Frankreich und Belgien begangenen furchtbaren Schandebaten zu bezahlen gewillt ist. Ich war lange Zeuge des Raubes von Nahrungsmitteln an Frauen und Kindern und der

Zerstörung von Millionen von Tonnen an Nahrungsmitteln auf dem Meere und von dem Elend, welches Millionen in den großen und kleineren alliierten Staaten unter dem deutschen Joch erdulden mußten. Die Gerechtigkeit verlangt, daß eine Regierung eingeleitet wird, um dieses Unrecht wieder gutzumachen.“

### Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Zu Wilsons Ausenthalt in Europa.  
o Bern, 19. Nov. (Privattele.) „Savas“ meldet aus Paris: Angefächts des Umstandes, daß der Friedenskongreß wochenlang, ja monatelang dauern wird, dürfte ein Staatskommandierender der Alliierten die Beratungen betreiben, ausgenommen vielleicht Clemenceau, wenn, wie es scheint, die Friedenskonferenz in Versailles tagen wird. Die beständige Anwesenheit Wilsons auf dem Kongreß scheint aus diesem Grunde ausgeschlossen zu sein. Es steht jedoch außer Zweifel, daß Wilson den Kongreß persönlich eröffnen wird. Später wird ihn Oberst House vertreten. Als weitere Vertreter der Vereinigten Staaten werden genannt: Staatssekretär Lansing, Kriegsminister Baker, der frühere Präsident Taft und Senator Lodge.

### Zu den Verhandlungen in Spa.

D. Amsterdam, 19. Nov. (Privattele.) Dem „Berl. Volk.“ wird aus Spa gemeldet: Die deutschen Vertreter des Oberkommandos in Spa haben mit dem Oberkommandierenden der Alliierten die Verhandlung über einige Punkte beantragt und zwar dahingehend, daß das Kriegsmaterial und die Lebensmittelversorgung auf dem linken Rheinufer als deutsches Eigentum verbleiben sollen. Ferner wird verlangt, daß die Besetzung nicht durch schwarze Truppen besetzt werden darf und daß die deutsche Polizei in den besetzten Gebieten tätig sein wird, ferner sollen die deutschen Garnisonen an der Grenze der neutralen Zonen verbleiben können. Außerdem soll darüber verhandelt werden, daß die Alliierten, um Ausschreitungen der Bolschewiken gegen die Bevölkerung zu verhüten, sofort Südrussland besetzen sollen, ebenso die baltischen Provinzen, besonders Litauen und Rigä.

### Die Bewegung in Brüssel.

o Bern, 18. Nov. Das Nachrichtenbüro des Arbeiter- und Soldatenrates teilt folgenden Bericht des Volksgenossenschafts des Zentral-Soldatenrates Brüssel über die Bewegung in Brüssel mit: Die Bewegung begann in Brüssel am Samstag Nachmittags. Das Generalgouvernement floh Sonntag Nachmittags 3 Uhr. Wenige Stunden danach wehte vom Generalgouvernement die rote Fahne. Der Soldatenrat bildete sich am Sonntag Nachmittags. Bald trieb die Bewegung auch auf die Belgier über. Der Soldatenrat beschloß sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, auch belgischer Nationalität; andererseits wurde auch der sozialistische Senator Colson freigelassen. Der Soldatenrat übernahm am Sonntag noch die „Deutsch-Brüsseler Zeitung“.

Die Bewegung schwoß immer mächtiger an. Tausende von deutschen Marschieren bedrohten den Abtransport und die Verpflegung der zurückkehrenden Truppen. In Zentralverwaltung war in topischer Aufregung begriffen. Dem Soldatenrat gelang es zunächst nur, 40 Mann für die Sicherheitswache zusammenzubringen.

Am Montag wurden Beziehungen zu den neutralen Gefandten und den belgischen Behörden einschließlich des neutralen Ernährungskomitees gesucht und gefunden. Dem Ernährungskomitee wurden sämtliche deutschen Lebensmittel übergeben. Die belgischen Gerichte wurden wieder eingeleitet. Der Bürgermeister wurde im Auto aus Goslar zurückgeholt. Am Dienstag wurden mit den einrückenden Fronttruppen Verhandlungen aufgenommen, die ein Nebeneinanderarbeiten zur Folge hatten. Die Verpflegung der Truppen wurde gesichert, alle Ausschweifungen niedergeklagt.

Am gleichen Tage vollzog sich die Angliederung der Soldatenräte Antwerpen, Beverloo, Namur an den Brüsseler Soldatenrat. Die durch Plünderungen entstandenen Schäden wurden im Laufe des Mittwochs wieder gutgemacht. Am Donnerstag war die ganze Stadt von Zerrangten gesäubert und ein geordneter Wächter der Truppen gestrichelt, sodas der Volksgenossenschaft am Freitag den belgischen Behörden ein gesichertes und ruhiges Brüssel übergeben konnte.

### Die Schweiz an den König von Belgien.

WB. Bern, 18. Nov. (Nichtamtlich.) Meldung der Schweizerischen Depeschagentur. Der Bundespräsident hat dem König der Belgier bei Anlaß eines Einzuges in Brüssel folgendes Telegramm ausgehen lassen:

„Das Schweizer Volk, vertreten durch den Bundesrat, wünscht seine Stimme mit der Stimme aller Völker der Erde zu vereinigen, die heute mit einem Schauer der Bewunderung und des Jubels die Rückkehr des Königs der Belgier in seine Hauptstadt begrüßen. Während der ersten Juli-Tage des Jahres 1914 haben Sie der Schweiz und ihrer Vertretung einen neuen kostbaren Beweis Ihrer Freundschaft gegeben, indem Sie uns mit Ihrem hohen Besuch beehrt haben. Drei Wochen später war das lokale Belgien überfallen. Seit jener Zeit haben Sie, indem Sie Prüfung und Martyrium auf sich nahmen, den Gedanken der Ehre und des Rechts aller neutralen Staaten in Ihrer Person verkörpert. Sie verkörpern heute im Glanze des Ruhmes die geliebte Gerechtigkeit. Unsere Herzen schlagen im Einklang mit dem Ihrigen! Die Freude aller Belgier ist die Freude aller Schweizer.“

### Die Lage in Oesterreich-Ungarn.

#### Anleihen für die Tschecho-Slowaken.

WB. Amsterdam, 18. Nov. Nach einer Neutermeldung aus London haben die Vereinigten Staaten dem tschechisch-slowakischen Nationalrat eine Anleihe von 7 Millionen Pfund Sterling, England eine solche von 2 Millionen Pfund Sterling bewilligt.



Die Lage im Reiche.

Regierungskrise in Berlin.

D. Berlin, 19. Nov. (Privattele.) Die „Germania“ berichtet von einer ersten Regierungskrise. Der Vollzugsausschuss sollte nur kontrollierendes Organ sein, während die Exekutive allein bei dem sechs-Mitglieder-Kabinet Ebert-Haase lag. Der Vollzugsausschuss hat sich aber nicht immer daran gehalten und insbesondere im Fall „Rote Fahne“-Scherl in die Exekutive selbst eingegriffen. Das hat zu Ausgleichsversuchen geführt, die im Augenblick so stehen, daß das Kabinet Ebert-Haase davon insofern erschüttert scheint, als der Vorschlag gemacht ist, daß die oberste Reichsleitung nicht mehr aus 6 Politikern, sondern aus drei Politikern und drei Vertretern des Vollzugsausschusses bestehen soll.

Trennung von Kirche und Staat.

D. Berlin, 19. Nov. (Privattele.) Wie die „Germania“ zuverlässig hört, gedenkt der neue preussische Kultusminister, der unabhängige Sozialist Adolf Hoffmann, die Trennung von Kirche und Staat nunmehr praktisch durchzuführen. Er beabsichtigt, vom 1. April nächsten Jahres ab die Zahlung der Kultusgelder einzustellen, was zur Folge haben würde, daß die Geistlichkeit, soweit sie in staatlichen Gebäuden wohnt, diese verlassen muß. Im Kultusministerium wird ferner der Plan erwogen, den Besitz der Klöster zu säkularisieren.

Zur Lage in Holland.

Sulidigung für Königin Wilhelmine.

W.B. Haag, 18. Nov. Hier fand heute eine große politische Demonstration statt, die den Charakter einer Suldigung für die Königin hatte. Die Stadt ist gesplagt. Auf dem Gerechtigkeitsspiel hatte sich eine große Zahl von Vereinen versammelt, deren Mitglieder nach Tausenden zählten. Die Königin erschien mit dem Prinzen und der Prinzessin Juliana. Soldaten spannten die Herde aus und zogen den Wagen auf den Gerechtigkeitsspiel. Der Vorsitzende des Bundes der Regierungstreuen dankte der Königin in einer Ansprache dafür, daß sie der hauptsächlichsten Bevölkerung Gelegenheit gegeben habe, ihrer Treue gegen das Königshaus Ausdruck zu geben. Es fand dann eine Rundfahrt um den Gerechtigkeitsspiel statt, wobei der königliche Wagen wieder von Soldaten gezogen wurde.

Badische Chronik.

A. Kirch, 5. Philippsburg, 19. Nov. Ueber das hier zu errichtende Kapuzinerkloster wird dem „Bad. Beob.“ mitgeteilt, daß der Aufsichtsrat der U.-G. Zuckerindustrie Wagbäusel das nötige Gelände dem Kirchenfond Wagbäusel unentgeltlich überlassen hat. Einstweilen sollen die noch vorhandenen Zellen zur Unterbringung einiger Patres ausgebaut werden und der Neubau des Kapuzinerklosters erst nach Friedensschluß in Angriff genommen werden. Das Kloster wird zu einer großen Niederlassung ausgebaut und von den Patres der Rhein, Weiß, Kapuzinerordenprovinz besiedelt werden. Vor 91 Jahren, am 8. Januar 1827, verließ der letzte Vater Wagbäusel.

A. Mannheim, 18. Nov. Die hiesigen mittleren und unteren Beamten der Justizbehörden haben in einer Entschliessung erneut die alsbaldige Einführung der ungeteilten Arbeitszeit gefordert. X. Mannheim, 18. Nov. Pflüchlich ist ein ungeahnter Weiskrautregen über unsere Stadt gekommen. Wie ein Lauffeuer hatte sich die Nachricht verbreitet, daß man auf dem Lindenhof ganz umsonst Weiskraut haben könne, soviel man begehrt. Es handelt sich um eine große Sendung, die auf dem Wege zur Front war und nun zurückgeleitet wurde. Um das Kraut von dem Verderb zu schützen, suchte man es auf dem raschesten Wege dem Konsum zuzuführen. + Schopfheim, 19. Nov. Die hiesigen Milchproduzenten haben laut „Kreis. Volksw.“ beschlossen, von der Erhöhung der Milchpreise abzusehen zu wollen.

Q. Konstanz, 18. Nov. In Lindau gab ein Hansverer einem Jungen sein Gepäc, er möge es auf das Konstanzener Kursschiff verdrängen. Dadurch glaubte er der Durchsuchung des Gepäcks zu entgehen. Das Gepäc wurde aber doch geöffnet und man fand darin 51 Kilo Emmentaler Käse, der beschlagnahmt wurde.

Die Wahlen zur badischen Nationalversammlung.

Karlsruhe, 18. Nov. Es ist schon mitgeteilt worden, daß am 5. Januar n. Js. die Wahlen zur badischen Nationalversammlung. Ne berufen wird, unserem engeren Heimatland eine neue Verfassung zu geben, stattfinden. Diese Wahlen werden nach dem, wie der „Volksw.“ hervorhebt, von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten geforderten Verhältniswahlrecht (Proporz) vorgenommen. Dazu wird das Land in vier größere Wahlkreise eingeteilt, die sich mit den Landesverwaltungsbezirken decken. Die Einteilung ist folgende:

- 1. Wahlkreis: Kreise Konstanz, Bilingen, Waldshut.
2. „ Kreise Lörrach, Freiburg, Offenburg.
3. „ Kreise Baden, Karlsruhe.
4. „ Kreise Mannheim, Heidelberg, Mosbach.

Im ganzen Land sind 107 Abgeordnete (nicht 106, wie von anderer Seite gemeldet) zu wählen; davon entfallen auf den 1. Wahlkreis 16, auf den 2. Wahlkreis 28, auf den 3. Wahlkreis 31, und auf den 4. Wahlkreis 32 Abgeordnete. Diese Zuteilung erfolgt im Verhältnis der Einwohnerzahl in den einzelnen Kreisen.

Die Aufstellung der Wählerlisten muß am 20. Dezember beendigt sein. Vom 20. bis 27. Dezember sind die eingetragenen Wähler durch Postkarte zu verständigen. Am 4. Januar, abends 6 Uhr, also unmittelbar vor dem Wahltag, werden die Listen abgeschlossen.

Die Vorschlagslisten der einzelnen Parteien sind in allen Tageszeitungen des Kreises zu veröffentlichen. Bei der Wahl erfolgt die Abgabe der Stimmzettel ohne Umschläge, weil diese jetzt in großen Mengen nicht zu beschaffen sind und überdies unter den neuen Verhältnissen keinerlei Wahlbeeinflussungen zu befürchten sind. Das rasche Wahlrecht (das Recht, Abgeordnete oder Abgeordnete zu werden) tritt mit dem 25. Lebensjahr ein, während bekanntlich das alte Wahlrecht (das Recht zu wählen) schon vom 20. Lebensjahr an gewährt wird.

Aus dem Parteileben.

X. Heidelberg, 19. Nov. Der geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei hat sich wiederholt mit der Frage der Verschmelzung der beiden liberalen Parteien beschäftigt. Der geschäftsführende Ausschuss war einstimmig der Ansicht, daß eine Fusion der beiden liberalen Parteien unumgänglich notwendig sei, und hat die Parteileitung beauftragt unverzüglich mit der Organisation der fortwährenden Volkspartei in Verhandlungen einzutreten, die eine restlose Vereinigung beider Parteien herbeiführen sollen. Wie der „Bad. Zig.“ hierzu mitgeteilt wird, hat auch die fortschrittliche

Volkspartei sich gestern mit dem Vorschlag der natl. Partei grundsätzlich einverstanden erklärt und eine Kommission zu den weiteren Verhandlungen bestimmt. — Der Vorsitzende der Zentrumspartei Heidelberg veröffentlicht im „Pfälzer Boten“ folgende Erklärung: „Da ich seit einiger Zeit mit der Zentrumspartei nicht mehr einverstanden bin, lege ich meine Parteiämter nieder. Dieh. Vorsitzender der Zentrumspartei des 12. Reichstagswahlkreises und der Zentrumspartei Heidelberg, Zweiter Vorsitzender des Windhorstbundes Heidelberg, Mitglied der Zentralkommission.“

Zum Rückmarsch der deutschen Truppen.

o Karlsruhe, 19. Nov. (Privattele.) Der Rückmarsch der deutschen Truppen durch badisches und pfälzisches Gebiet hat auch am Sonntag und Montag trotz des teilweise eingetretenen Schneefalles einen glatten, geordneten Verlauf genommen. Gegenwärtige Nachrichten, die hierüber u. a. vom „Vorwärts“ verbreitet werden, entsprechen nicht den Tatsachen. Nahezu eine Viertelmillion Truppen haben seit Beginn des Rückmarsches die Rheinpfalz und Baden passiert. Die Truppen bewegen sich meist auf vorgeschriebenen Heeresstraßen landeinwärts nach den ihnen zugewiesenen Sammelplätzen im östlichen Baden, Württemberg oder Bayern. In Stadt und Land bereitet man den ruhmvollen Rückmarsch einen sehr herzlichen Empfang. Die Landorte sind besetzt und geschmückt und die Städte haben gleichfalls reichlichen Willkommensmusk angelegt.

o Von der badisch-schweizer Grenze, 19. Nov. (Privattele.) Der große Rückzug der deutschen Armeen ist in vollem Gange. Tag und Nacht strömen endlose Kolonnen über die Rheinübergänge im Oberelsaß. Es herrscht überall musterhafte Ordnung. Die Soldaten sind ausgeräumt und sehnen sich darnach, baldmöglichst in die Heimat zu kommen. Beim Irtin herrscht ebenfalls großer Truppenverkehr. Die der Schweizergrenze entlang ziehenden Truppen sind zum Teil auf dem Rückmarsch durch den Schwarzwald begriffen. Von Mitte letzter Woche bis zum gestrigen Montag zogen über 100 000 Krieger an der Schweizergrenze vorbei.

Zur Rückkehr entlassener Soldaten in die Schweiz.

h. Konstanz, 19. Nov. Ueber den Grenzverkehr wird von Schweizer Seite mitgeteilt: Angesichts der Möglichkeit eines raschen Andranges entlassener Soldaten aus den kriegsführenden Armeen nach der Schweiz werden gegenüber solchen Soldaten folgende Polizei- und Quarantänemaßnahmen getroffen: In die Schweiz einzulassen ist, wer regelrechte Wäsche mit Schweizerischem Wäschebesitz, wie seinen häuslichen Habseligkeiten, Familie (Frau und Kinder), eigenes Geschäft oder häusliche Arbeit in der Schweiz hat, kann auf Vorweisung hinweisender Personalausweise eingelassen werden, wenn die schweizerische Wohngemeinde damit einverstanden ist. Er hat den Entschluß festsitzend der Grenze abzuwarten. Wer diesen Bedingungen nicht entspricht, ist ohne weiteres zurückzuweisen. Alle Eingelassenen haben zunächst eine sanitärische Untersuchung mit Quarantäne zu bestehen, wofür die Territorialkommandos im Einverständnis mit den militärischen Grenzorganen und den Kantonsbehörden die erforderlichen Anordnungen zu treffen haben.

Im Interesse solcher vom Heere Entlassenen, welche zum früheren Wohnort in die Schweiz zurückkehren wollen, errichtet die schweizerische Regierung unter Aufsicht des Mannheimer Konsulats vorübergehend eine schweizerische Poststelle für deutsche Militär-entlassene in Singen a. Hochrhein. — Künftig müssen sich alle besagten Militärpersonen an diese Stelle wenden. — Die Genehmigung der Einreisegesuche erfolgt nach Prüfung durch die Behörden in der Schweiz.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 19. November.

# Zum Empfang unserer Krieger. In diesen Tagen kehren unsere Helden aus dem Feld heim. Es ist hocherfreulich, wie viel Hände sich regen, um ihnen zu zeigen, wie die Heimat sie empfangt. Schon prangt die ganze Stadt im reichsten Fahnenkleid. Mehr aber noch kann und muß geschehen. So werden die Schüler der Goethe-Hochschule den Bahnhof schmücken. Es gibt aber noch manche Plätze, an denen Zeichen der Liebe die heimkehrenden Helden grüßen können.

A. Militärische Verordnung. 1. Mannschaften, die dauernd Arbeitsdienst leisten, sind zu entlassen, wenn sie weiter beschäftigt werden, sind sie freie Zivilarbeiter und als solche zu behandeln. 2. Mannschaften, die vorübergehend zu Arbeitsleistungen, die sonst Zivilarbeiter verrichten, herangezogen werden, erhalten für jede Arbeitsstunde 50 Pfg. Zulage. 3. Mannschaften, die sich freim. zu besonderem Sicherheitsdienst über ihren Entlassungstag hinaus mit 10tägiger Kündigungspflicht verpflichten, können für diesen Dienst angenommen und kommandiert werden. Sie erhalten eine monatliche Löhnung von 30 Mark und eine tägliche Zulage von 5 Mark als Führer, und 3 Mark als Mann. 4. Die Mannschaften beziehen, solange sie mobil sind, mobile Löhnung, soweit sie immobil sind, immobile Löhnung, jedoch Gefreite und Mannschaften monatlich 30 Mark.

B. Eine Warnung. Seitens des U.-u.-S.-Rates wird geschrieben: „Die Revolution ist vollbracht! Eure Wünsche, Kameraden, sind erfüllt oder sollen möglichst vollständig erfüllt werden, dafür ist es auch heilige Pflicht eines jeden von Euch, nicht leichtfertig mit dem Glück unserer jungen Republik zu spielen. Vor verhängnisvoller Eitelkeit und ungeheurer Eitelkeit warnen wir Euch. Vor verhängnisvoller Eitelkeit und ungeheurer Eitelkeit warnen wir Euch. Vor verhängnisvoller Eitelkeit und ungeheurer Eitelkeit warnen wir Euch.“

(Die Schloßherren in Baden. Die Blättermeldung, wonach die Arbeiter- und Soldatenräte sämtlich im Besitz der Zinklötlie befindlichen Schlösser in Baden beschlagnahmt haben, trifft nach unseren an zuverlässiger Stelle eingegangenen Erkundigungen nicht zu. ++ Der Post- und Telegrafendienst von Deutschland mit dem linken Rheinufer und mit Elsaß-Lothringen wird auch nach der Besetzung aufrecht erhalten bleiben.

h. Preisermäßigung für Kunsthonig. Die Erhöhung der Zuckerpriese hat eine Neuregelung der Kunsthonigpriese erforderlich gemacht. In der vom Staatssekretär des Ackerbau- und Forstwesen am 1. Oktober 1918 erlassenen Verordnung über Kunsthonig beträgt der Kleinhandelspreis für Kunsthonig bei Abgabe in Paketen oder Dosen bis zu 1 Kilogramm Nettogewicht 80 Pfg., einschließlich Verpackung, bei losem Verkauf (Ausschlag aus größeren Gefäßen) 78 Pfg. für das Pfd. Das bedeutet eine Erhöhung um 5 Pfennig.

# Zigaretten werden „billiger“. Mit keinem anderen, nicht rationierten Artikel, nicht einmal mit Wein, wurde in den letzten Monaten so dreist gewuchert, wie mit Zigaretten. Es ist ganz sicher, daß spekulatives und mit weitem Gemissen begabte Leute Zigaretten zu hohen Preisen ankaufen, um sie zu noch viel höheren Lospreisen zu verkaufen. Nun sind aber aus Amerika Zufuhren angelündigt, und vor allem steht fest, daß ein beträchtlicher Teil der von Holland zur Ausfuhr zugelassenen Zigaretten nach Deutschland kommen wird. Das hat unter den Händlern, die Zigaretten zurückgehalten hatten, eine Art Panik

hervorgeufen, sie kommen mit ihren Waren schon heraus und suchen sie zu „billigeren“ Preisen als bisher an den Mann zu bringen. Man kann jetzt Zigaretten, die unter einer Mark und mehr nicht zu haben waren, für 60 Pfg. erstehen, und zwar in beliebigen Quantitäten. Aber sie werden wohl noch tiefer im Preise sinken.

= Groß. Hoftheater. Im Konzerthaus wird die vor viel Jahren zuletzt gegebene Operette „Die schöne Helena“ am Mittwoch, den 20. d. M., in neuer Einstudierung und neuer Besetzung wieder aufgeführt.

Karlsruher Straftammer.

A. Karlsruhe, 17. Nov. Sitzung der 1. Straftammer. Eine neunköpfige Diebsbande machte in der Zeit vom 28. Juni bis zum 18. August die Kleinstädte in der Badenpfalz unruhig und verübte dort größere Diebstähle von Kleintieren. Das Haupt der Bande war der Former Wilhelm Merk aus Aue bei Durlach. Merk ist 27 mal vorbestraft, aber noch nie wegen Diebstahls. Die meisten Verurteilungen hatte er sich wegen Körperverletzung und Widerstands zugezogen. Zu der Bande gehörten noch der Maurer Wilhelm Reisinger aus Ettlingen, der Hilfsbremser Jakob Weitzler aus Kirchheim, der Tagelöhner Gustav Adolf Oberacker aus Linfenheim, der Hausierer Albert Geigle aus Linfenheim, die Ehefrau Karl Härtel, Julie geb. Geigle, aus Linfenheim, die Ehefrau Theodor Gagel, Rosa geb. Treiber, aus Mannheim, und die Witwe Franz Wilhelm Greulich, Karoline geb. Reiff, aus Dettingen. Im ganzen nahm die Bande mindestens 13 schwere Diebstähle vor und erbeutete dabei etwa 50 Säen, 36 Hühner, 8 Fiegen, 1 Hund, 5 Gänse. Den Güterschuppen auf dem Albtalbahnhofe erbrachen sie zweimal und stahlen dann 50 Pfaffen Mehlwein, Kolonialwaren, Kautabak, Seife, Wäsche, Seifenpulver, 2 Säde Salz und Kochsalz. In der Nacht des 18. August konnte die Bande endlich festgenommen werden. In der Ede der Ruppurrer- und Wielenstraße stellte sie der Schuttmann Raff fest, darauf zog Merk seinen Revolver und schoß nach dem Schuttmann. Der Schuttmann in die rechte Schulter des Beamten, jedoch dieser längere Zeit arbeitsunfähig war. Er konnte aber trotzdem noch gemeinsam mit seinem Verurteilten Schönen vier von den Männern mit Frauen verhaften. Die übrigen wurden später ermittelt, nachdem sie zunächst entkommen waren. Bei seiner Flucht schloß Merk noch mehrere Male mit dem Revolver. In der heutigen Geschäftsverhandlung waren die Angeklagten im wesentlichen gekündet. Das Gericht verurteilte den Merk wegen mehrfachen schweren Diebstahls und Widerstands im Sinne des § 113 St. G. B. zu einer Gesamtstrafe von 5 Jahren 6 Monaten Gefängnis, den Weitzler wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, den Weitzler zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, den Oberacker zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, die Geigle zu 3 Jahren Gefängnis, die Greulich zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis, die Härtel zu 5 Monaten Gefängnis, die Ehefrau Geigle wegen Schlägerei zu 2 Monaten Gefängnis. An den Strafen geht die verhängte Untersuchungshaft von 2 Wochen bis 2 Monaten zu. Der Straßenbahnführer Emil Auel aus Eppingen war hier bei einem Schußmader eingeklinken und hatte dann sieben Paar Schuhe gestohlen. Seine Dienstfelleiter hatte er hier verkauft. Wegen schwerer Diebstahls und Unterschlagung wurde Auel zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Führer Friedrich Jöh aus Weinsarten, dessen Vorstrafliste 30 Einträge enthält, faßt hier eine Militärhofe. Wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle wurde er zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Letzte Telegramme.

Die Ueberlastung des Fernsprecheverkehrs. W.B. Berlin, 19. Novbr. Amtlich. Durch die zahlreichen Besprechungen aller heimatischen Soldatenräte untereinander sind die Fernleitungen so überlastet, daß die Besprechungen der Generalintendantur für die Heimatgebiete oft stundenlange Verzögerungen erleiden. Dadurch wird die Erreichung des heimkehrenden Heeres in hohem Grade erschwert. Auch zwischen den heimatischen Soldatenräten und der Front finden unaußerordentlich Telephongespräche statt, die die Leitung blockieren. Dieser Zustand verhindert die gezielte Befehlsgebung, die für die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen unerlässlich ist. Die Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat werden dringend erucht, mit Rücksicht auf die geschilderten Verhältnisse ihren Telephoverkehr nach Möglichkeit zu beschränken.

Berlin, 18. Nov. Ebert, Haase. Die Italiener räumen Laibach. W.B. Laibach, 19. Nov. Wiener Corr.-Büro. Der Kommandant des seit einigen Tagen in Oberlaibach stationierten italienischen Regiments ließ dem Ortsvorsteher in Laibach ein Schreiben zustellen, worin er mitteilt, daß die ihm unterstellten Truppen im Laufe des morgigen Tages auf höheren Befehl Oberlaibach verlassen werden und sich auf die in den Waffenstillstandsbedingungen festgelegten Demobilisationslinien zurückziehen werden. Der Bevollmächtigte seines Oberkommandos werde die Einquartierungsgebühren bezahlen und etwaige Requisitionen verhalten.

Die Alliierten und die Waffenstillstandsbedingungen.

D. Haag, 19. Nov. (Privattele.) Die Nachricht, daß die Franzosen zur Wilderung der Waffenstillstandsbedingungen auch weiter bereit seien, trifft nicht zu. Im Gegenteil haben sich Frankreich und England geeinigt, gewisse Verzögerungen eintreten zu lassen, falls die deutsche Regierung in ihrer Zusammenziehung den Wünschen der Entente nicht entspreche.

Zu den Unruhen in Belgien. D. Berlin, 19. Nov. (Privattele.) Zu den Unruhen in Belgien wird gemeldet, daß sich die Nachrichten über die Feindseligkeiten der belgischen Bevölkerung gegen die deutschen Truppen bestätigen. Es ist aber auch zu Uneinigkeiten zwischen den Truppen selbst und zwischen Führern und Truppen gekommen. Ueber die Ermordung von deutschen Offizieren ist jedoch nichts bekannt geworden.

W.B. Amsterdam, 19. Nov. Aus Antwerpen wird telegraphisch gemeldet, daß es in der Stadt beim Abzug der Deutschen zu großen Plünderungen durch die einheimische Bevölkerung gekommen ist. Nach einer anderen Meldung desselben Blattes stehen in Brüssel der Nordbahnhof und der Zuden-Scheerbekes Bahnhof infolge einer Munitionsexplosion in Brand.

Britische und russische Truppen in Baku. W.B. London, 19. Nov. Das Kriegsamt teilt mit: Am 17. November nahmen die britischen und russischen Truppen Baku.

Luftwärme in Karlsruhe (nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). 18. Nov. 2 1/2 Uhr mittags 2,1 Grad; nachts 9 1/2 Uhr 0,2 Grad; 19. Nov. 7 1/2 vorm. — 0, Grad. Höchste Temperatur am 17. Nov. 2,4 Grad; niedrigste in der folgenden Nacht — 0,7 Grad.







